

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

24.11.1928 (No. 276)

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amann
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjähr. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebestellung, pränumerativer Bezahlung, und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Reichsbesetzung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 24 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralkalenderregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Neuwahl des badischen Staatspräsidenten
Finanzminister Dr. Schmitt, Staatspräsident
Kultusminister Dr. Leers, Stellvertreter

Bad. Karlsruhe, 23. Nov.
Auf der Tagesordnung der Nachmittagsitzung des Bad. Landtags stand, nachdem die Ausschüsse konstituiert waren, als zingiger Punkt:
Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters.
Vor Eintritt in die Wahlhandlung spricht der Präsident Dr. Baumgartner dem bisherigen Staatspräsidenten Dr. Krenn unter lebhafter Zustimmung der übergroßen Mehrheit des Hauses Dank und Anerkennung für seine vorbildliche Amtsführung aus. Dr. Krenn dankt in kurzen Worten.
Abg. D. Mayer-Karlsruhe gibt als Fraktionsvorsitzender die Erklärung ab, daß sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten werden aus denselben Erwägungen heraus, wie seit 9 Jahren für sie maßgebend gewesen seien. Er betont ausdrücklich, daß diese Stellungnahme jeder persönlichen Spitze entbehre.
Der Abg. Seymann begründet die ablehnende Haltung der Kommunisten gegen Regierung und Koalition mit einer längeren Erklärung, die vom Hause mit großer Heiterkeit aufgenommen wird.
Aus der Wahl des Staatspräsidenten geht Finanzminister Dr. Schmitt hervor, für den 49 Stimmen abgegeben werden. 21 Stimm (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Kommunisten) sind weiß.
Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Leers zum stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt.
Der Präsident begrüßwünscht die Gewählten, die beide das Amt annehmen.
Darauf hielt

Staatspräsident Dr. Schmitt

eine Ansprache, in der er ausführte:
Ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch Erwählung zum Staatspräsidenten entgegengebracht haben, und ich darf den gleichen Dank aussprechen namens meines Kollegen, des Herrn Unterrichtsministers Dr. Leers, den Sie zum stellvertretenden Staatspräsidenten ernannt haben. Ich gelobe, daß ich mein Amt führen werde auf Grund unserer seit fast 10 Jahren bewährten republikanischen Verfassung, auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, mit Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung gegen alle ohne Ausnahme der Parteien und mit Verständnis für die schweren sozialen Nöte aller Schichten des Volkes. Ich weiß, daß ich mir durch die Annahme der Wahl eine weitere große Bürde aufgeladen habe, und bin überzeugt, daß ich die Aufgabe, die Sie mir gestellt haben, nur erfüllen kann, wenn Sie mich als ohne Unterschied der Partei unterstützten, und wenn Sie Nachsicht und Wohlwollen nicht alles so menschlicher Schwachheit und Unvollkommenheit nicht alles so erfüllen kann, wie Sie und ich es von mir verlangen.
Meine Damen und Herren! Ich habe nicht bloß die badische Verfassung zu hüten, sondern auch und ganz besonders den Geist, mit welchem die badische Verfassung seit 10 Jahren verwirklicht wurde. Das, was unsere badische Verfassung und unser badisches Verfassungsleben charakterisiert, das ist nicht etwa die Formulierung der Verfassungsparagraphen, das ist vielmehr der Geist, in welchem die Verfassung betätigt wird, das ist die Auslegung und die möglichste Ausgeglichenheit der politischen, sozialen und konfessionellen Unterschiede, das ist eine Überbrückung der Klüften, eine Stetigkeit der Auffassungen und Anschauungen, eine Stabilität der politischen Verhältnisse, wie sie in andern Ländern nicht immer vorhanden ist. Und diesem Willen des Badischen Landtags zur Stabilität ist es zu danken, daß wir in Baden während der 10 Jahre ruhige Verhältnisse hatten.
Der Herr Landtagspräsident hat vorhin der Kabinettsmitglieder gedacht, welche vor 10 Jahren sich selbstlos für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für den Schutz des Lebens und des Eigentums unserer Volksgenossen eingesetzt haben, wohl wissend, daß sie damit u. U. ihren Kopf aufs Spiel setzen. Diesen Männern sind wir viel Dank schuldig, nicht weniger aber auch den Männern, die damals in vorderster Linie stehend uns die Verfassung gegeben haben, sowie allen denen unter Ihnen, die seit jener schweren Zeit ununterbrochen ihres Amtes als Abgeordnete walteten. Das ganze badische Volk dankt Ihnen heute. Es weiß, daß das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aufsteigen — wenn es auch nur langsam vorwärts geht — nur möglich war durch Opfer, welche alle Parteien gebracht haben, und das badische Volk weiß auch, daß Sie alle, welcher Richtung Sie auch angehören, immer nur das Beste gewollt haben. Diesen Geist will ich hüten.
Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einem schweren Jahr. Nicht als ob der Landtag große eigene gesetzgeberische Aufgaben zu erfüllen hätte, vielmehr sind es andere, aber um so größere Sorgen, die uns drücken. Sie alle kennen die Not der Landwirtschaft, denken an das Gespenst der Arbeitslosigkeit und Aussperrung und fühlen alle mit mir, wie hart die öffentlichen Lasten empfunden werden. Sie dürfen ferner überzeugt sein, daß es jetzt nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Verteilungsprozess und nachdem das Reich hinsichtlich der Reichsüberweisungen einen sog. Sicherheitskoeffizienten zugunsten des Reichs einführen will, aller Anstrengung und Einmütigkeit bedarf, um das Ziel, das ich mir bestimmt gestellt habe, zu erreichen, nämlich das Defizit des Haushalts zu meistern. Sie alle wissen, welche schwierige und notwendige Aufgabe die Reichsreform ist, und wir alle erkennen als das oberste Problem die Frage der Reparationslösung

und die Gestaltung und Lage des besetzten Gebietes — auch des badischen — an. Wenn wir auch von Landes wegen zur Lösung dieser Aufgaben verhältnismäßig wenig beitragen können, so steht doch das eine fest: wir können einig sein und wir müssen einig sein. Wir müssen auch in Baden ein geschlossenes und entschlossenes Volksganzes darstellen, um denen, die das entscheidende Wort zu sprechen haben, die nötige Rückendeckung zu geben. Auch das Ausland beachtet es in diesen Tagen, ob ein Land geschlossen dasteht, besonders wenn es sich um ein Grenzland handelt. Ich kann mit Freuden feststellen, daß im gegenwärtigen Kalenderjahr der Badische Landtag Beweise größter Geschlossenheit und Einmütigkeit gegeben hat. Ich erinnere an die überwältigende Mehrheit, auch aus den Reihen derjenigen, die nicht zu den Regierungsparteien gehören, mit der das Beschlussesgesetz und im September d. J. die Schlusswortvorlage von Ihnen angenommen worden ist. Ich darf die Meinung aussprechen, daß auch im kommenden Jahr eine solche Geschlossenheit Platz greifen möge, wenn jetzt die Wahlvorberhandlungen getroffen, und später die Wahlkämpfe durchgeführt werden. Wahlkämpfe werden sein, ja sie müssen sein; aber sie müssen nicht persönlich oder gar verletzend sein, und sie müssen auch nicht unsäglich sein. Das ganze badische Volk wird den Parteien dankbar sein, wenn sie die Wahlkämpfe ausschließlich sachlich führen, und schließlich, wenn jede Partei im bevorstehenden Wahlkampf diejenigen Momente in den Vordergrund stellt, welche der Partei als Partei nützen, so darf man doch von einem wirklichen Politiker verlangen, daß er auch die weitere Frage prüft, ob das, was der Partei im Parteikampf nützt, auch wirklich dem ganzen Volke nützt. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß auch im Wahlkampf alles zurückgestellt werden muß, was dem Volke als Ganzem möglicherweise Schaden bringen kann; denn was dem Ganzen schadet, schadet naturgemäß auch dem Teil, der Partei.
Und so trete ich mein Amt an mit der Bitte um Geschlossenheit, mit der Bitte um Sachlichkeit im Wahlkampf und mit dem Gebetswort der Kreue gegen Reich und Land.
Präsident Dr. Baumgartner nimmt die Erklärung des Staatspräsidenten namens des Hauses dankend zur Kenntnis und benützt ebenfalls die Gelegenheit, um der 10jährigen Mitgliedschaft der Herren Dr. Traut und Dr. Marum im Kabinettsrat mit Worten höchster Anerkennung zu gedenken. Er begrüßwünscht ferner den Zentrumsabgeordneten Duffner, der am 1. Dezember d. J. ein Vierteljahrhundert dem Badischen Landtag angehört. Er möge noch recht viele Jahre seine reiche Erfahrung namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete diesem Hause und damit der Allgemeinheit zur Verfügung stellen (Beifall).
Abg. Duffner dankt für diese Aufmerksamkeit, die für ihn eine ganz besondere Ehre bedeutet.
Um 4 1/2 Uhr schließt der Präsident die Sitzung.
In der nächsten Woche werden die Ausschüsse tagen, während die nächste Plenarsitzung für Dienstag, den 4. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr vorgesehen ist. Man will die vorliegenden Arbeiten möglichst bis zum 15. Dezember, dem Ende des ersten Tagungsabschnittes, erledigen.

Der neue Staatspräsident Dr. Schmitt

Gebürtig in Lauda 1874 besuchte Franz Josef Schmitt die Volkshochschule seiner Heimatstadt und dann das Gymnasium Taubertshausen. Er studierte darauf an den Universitäten Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaft und promovierte später in Freiburg als Doktor der Rechte. 1896 Reichspräsidentenrat, 1900 wurde Dr. Schmitt Amtsrichter in Vöhringen. 1901 erfolgte seine Berufung als Kollegialmitglied des katholischen Oberprüfungsrates, 1919 die Ernennung zum Geheimen Finanzrat. Im Jahre 1921 wurde Dr. Schmitt auf der Landesliste des Zentrums als Abgeordneter in den Badischen Landtag gewählt, wo man ihn in den Haushaltsausschuss und in den Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung delegierte. Außerdem betätigte er sich im Landesfiedlungsamt. Am 27. Februar 1925 legte Dr. Schmitt sein Mandat nieder, weil er als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Geheimrats Schmidt zum Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts ernannt worden war. Unter dem 8. Februar 1927 wurde ihm als Nachfolger Dr. Schäfers, der dem Rufe als Reichsfinanzminister nach Berlin gefolgt war, das Amt des badischen Finanzministers übertragen.

Stellvertretender Staatspräsident Dr. Otto Leers

1875 zu Heidelberg geboren, trat Leers 1899 in den Staatsdienst, um die Verwaltungslaufbahn einzuschlagen. 1902 als Referent tätig, wurde Leers 1906 zum Amtmann ernannt. Er wirkte als II. Verwaltungsbeamter bei den Bezirksämtern Bruchsal und Konstanz. 1910 wurde er als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen, 1913 zum Regierungsrat, 1917 zum Oberamtmann und Amtsvorstand in Erberg ernannt. 1919 berief ihn die Regierung als Vortragender Rat ins Innenministerium. 1920 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat, 1921 die zum Ministerialdirektor. Nach dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung präsentierte ihn die Partei als Kandidaten für den Posten des Unterrichtsministers, worauf er als solcher von der Regierungskoalition gewählt wurde. Anlässlich der Feier der Grundsteinlegung zum Karlsruher Erdentempel erhielt Otto Leers vom Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe Titel und Würde eines Doktors ehrenhalber.

* Unsere Beziehungen zu Rußland

Die Frage, wer als Nachfolger des verstorbenen deutschen Botschafters in Moskau, Graf Broddorf-Nanzau, nach Sowjetrußland gehen werde, hat Veranlassung gegeben, unsere Beziehungen zu Rußland wieder einmal einer gewissen Nachprüfung zu unterwerfen. Auf eine einfache Formel lassen sich diese Beziehungen nicht bringen. Das ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß es längere Zeit nicht möglich gewesen ist, einen passenden Nachfolger für Graf Broddorf zu finden.
Der verstorbene Botschafter, einer der begabtesten Diplomaten, die Deutschland je besessen hat, ertrug nicht nur das Vertrauen der Sowjetregierung, sondern er war mit dem sowjetrussischen Außenminister, Herrn Tschitscherin, in enger Freundschaft verbunden. Wenn deutschnationale Blätter zutreffend unterrichtet sind, hat die Sowjetregierung nach seinem Tode in Berlin den Wunsch geäußert, man möge Herrn von Seckt als Botschafter nach Moskau senden, eine andere Persönlichkeit würde dort mit Zurückhaltung aufgenommen werden.
So, wie die Dinge lagen, war es wohl von vornherein klar, daß das deutsche Reichskabinet dem Wunsch Moskaus nicht gut entsprechen konnte. Denn, da nun einmal Herr von Seckt als der Propagator eines gegen die Westmächte gerichteten Militärbündnisses zwischen Deutschland und Rußland gilt, würde seine Ernennung die seit den Tagen von Locarno sorgsam geponnenen Fäden unserer Westpolitik vollkommen verwirrt, wenn nicht zerrissen haben. Und das konnte Herr Stresemann natürlich nicht riskieren.
Inzwischen soll in der Person des Herrn von Dirksen ein Nachfolger für Graf Broddorf gefunden sein. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen. Dirksen hat bisher als Ministerialdirektor die Ostabteilung im Auswärtigen Amt geleitet und dürfte von allen Personen, die für den Botschafterposten überhaupt in Betracht kamen, gerade im Hinblick auf eine Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu Moskau noch die geeignetste sein. In der Zustimmung der Sowjetregierung wäre wohl nicht zu zweifeln. Herr von Dirksen war eine zeitlang deutscher Generalkonsul in Danzig, im Ministerium des Auswärtigen war er ständig im Ostreferat tätig, hat mehrfach in den letzten Jahren mit der Sowjetregierung verhandelt — teils in Berlin, teils in Moskau, teils auch in Genf — und wurde vor Jahresfrist zum Leiter der Ostabteilung im Berliner Außenministerium ernannt.
Daß Deutschland nicht daran denkt, um der Locarnopolitik willen das gute Verhältnis zu Rußland zu untergraben, ging aus der großen Reichstagsrede Stresemanns für den, der auch zwischen den Zeilen zu lesen versteht, klar hervor. Wie man weiß, drängen die Deutschnationalen, die ja sonst eigentlich die schärfsten Gegner des Sowjetjstems sein müßten, außenpolitisch sehr stark auf eine Ostorientierung Deutschlands unter Verabschiedung der Locarnopolitik. Auch jetzt wieder legt sich die „Deutsche Tageszeitung“ dafür ein, daß Deutschland vorsichtig und nach und nach einen Kurswechsel vornehme und sich an der Bildung einer Mächtegruppe beteilige, die aus Rußland, Ungarn und aus allen verstimmelten oder durch die Nachkriegsverhältnisse verärgerten Staaten bestehen solle, mit betonter Anlehnung an Italien.
Eine aktuelle Bedeutung haben diese Vorschläge nicht. Wir werden an der Locarnopolitik festhalten bis zum Äußersten. Was aber würde und müßte geschehen, wenn der äußerste Grad unseres guten Willens erreicht ist? Was müßte wohl geschehen, wenn Frankreich und England selbst jeglichen guten Willen vermissen lassen und sich damit begnügen, uns weiter mit verbindlichen Worten abzupeifen? Würde dann nicht ganz von selbst eine Entwicklung herausbeschworen werden, deren Wegrichtung etwa auf der Linie der Vorschläge der „Deutschen Tageszeitung“ verläuft?
Wenn die Verhältnisse in Sowjetrußland stabiler wären, wenn das Regiment der Sowjets in Rußland fester verankert wäre, als es wirklich ist, und wenn Rußland uns in den entscheidenden Punkten das bieten könnte oder schon geboten hätte, was wir brauchen, dann würde die Idee einer Ostorientierung heute in Deutschland sicherlich viel populärer sein. Aber es muß leider ausgesprochen werden, daß bisher unser gutes Verhältnis zu Sowjetrußland nur wenig Früchte für uns gezeitigt hat. Ferner wird der vorsichtige Politiker sich immer wieder fragen müssen, ob ein Regime, das zum mindesten wirtschaftlich und finanziell auf so schwachen Füßen steht, wie

das Sowjetregime in Rußland, Garantien bieten kann, die auch nur annähernd mit dem verglichen werden können, was uns Frankreich und England bieten, falls sie einmal den ernststen Willen zu guten Angeboten haben sollten.

Dennoch bleiben wir bei dem, was wir eben sagten: würden Frankreich und England es bis zum Äußersten treiben und uns eine Fortsetzung der Locarnopolitik unmöglich machen, dann müßte, ob wir es wollen oder nicht, zwangsläufig eine Entwicklung einsehen, die durch ein starkes Aneinanderdrücken aller der Mächte, die durch das Auftreten und die Übermacht Frankreichs und Englands vergrößert sind, gekennzeichnet wäre.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz im Reichrat

Der Reichsrat leriet am Freitagabend das Steuervereinheitlichungsgesetz, das ein Rahmengesetz darstellt, in welchem zusammengefaßt sind ein Einführungsgesetz, ein Grundsteuerzahmungsgesetz, ein Gewerbesteuerzahmungsgesetz, ein Gebäudeversicherungsgesetz, ein Steueranpassungsgesetz und ein Gesetz über den Abtritt von Beamten in den Reichsdienst. Die Ausschüsse hatten sämtliche Gesetze für verfassungswidrig erklärt. Auf Verlangen der Reichsregierung wurde jedoch diese Erklärung vom Reichsrat nur noch aufrechterhalten für das Gebäudeversicherungsgesetz und für das Gesetz über den Abtritt von Beamten in den Reichsdienst. Für das Gebäudeversicherungsgesetz fand sich nicht die für Verfassungsänderungen notwendige Mehrheit, infolgedessen fiel dieses Gesetz innerhalb des Rahmengesetzes aus. Die Reichsregierung behielt sich jedoch eine Doppelvorlage vor, die dieses Gesetz in die Vorlage einfügt, die an den Reichstag gehen wird. Auch für einige Änderungen, die der Reichsrat an den einzelnen Gesetzen vornahm, behielt sich die Reichsregierung eine solche Doppelvorlage vor.

Vor der Aussprache beantragte der sächsische Vertreter, Ministerialdirektor von Sidart, die Vertagung der Vorlage, bis das finanzielle Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geklärt sein würde, evtl. beantragte er die Abfertigung von der Tagesordnung. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Gifferting dringend um die sofortige Beratung ersucht hatte, wurde der Vertagungsantrag abgelehnt.

Die Vertreter Sachsens, Bayerns, Württembergs und Oldenburgs erklärten sich gegen die ganze Vorlage, der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin gegen das Grundstückssteuerzahmungsgesetz, gegen das Gewerbesteuerzahmungsgesetz und gegen das Gebäudeversicherungsgesetz. Der Vertreter Hessens stimmte der Vorlage unter der Voraussetzung zu, daß die dadurch den Ländern entstehenden Steuererlöse beim endgültigen Finanzausgleich berücksichtigt würden. Reichsfinanzminister Dr. Gifferting erklärte, die Reichsregierung könne den verfassungsändernden Charakter nur bei der Gebäudeversicherungsteuer und bei der Vorlage über den Abtritt der Beamten in den Reichsdienst anerkennen.

Die Einzelberatung hatte das oben mitgeteilte Ergebnis. Das Mantelgesetz wurde schließlich mit 42 gegen die 26 Stimmen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Bremen angenommen.

Ueber das Befinden des Königs von England

Wird heute morgen gemeldet, daß die Besserung anhält. Im Lauf des Donnerstags hatte sich das Befinden des Königs, der seit einigen Tagen an einer fiebrigen Erkrankung erkrankt war, verschlechtert. Es stellte sich heraus, daß ein Teil der beiden Lungen affiziert, d. h. mit Blutflüssigkeit angefüllt war, was starke Beschwerden und Fieber verursachte. Der Charakter der Erkrankung des Königs, der 63 Jahre alt und nicht von übertrieben robuster Gesundheit ist, ließ sich offenbar nicht gleich in vollem Umfang erkennen. Am Freitag hat der König einen ruhigeren Tag.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat einmütig und unter fürmischen Beifallskundgebungen den Reichsminister Dr. Stresemann wieder zum Vorsitzenden gewählt.

Das Moabit Gefängnis wird geschlossen. Das alte Moabit Gefängnis in Berlin wird laut „Voss. Ztg.“ nunmehr seine Pforten endgültig im Frühling nächsten Jahres schließen. Über die Verwendung des sehr großen und außerordentlich wertvollen Geländes schweben zur Zeit zwischen der Justizverwaltung, dem Finanzministerium und der Reichspost, sowie der Deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen. Ein Abschluß des Verkaufs ist in nächster Zeit zu erwarten, da die Justizverwaltung dringend Geld für den Neubau des Zentraljustizpalastes braucht.

Karlsruher Konzerte

Die Woche stand im Zeichen Franz Schuberts. Sogar die beiden großen Gesangsvereine, deren Herbstveranstaltungen in die Nähe des 100. Todestages fielen, huldigten gebührend seinem Genius. So hatte der Karlsruher Lieberknecht die erste Hälfte seines anläßlich des 87. Stiftungsfestes gegebenen Konzertes ausschließlich Schubertschen Werken eingeräumt. Der städtische Männerchor sang u. a. unter Musikdirektor Georg Hofmanns Leitung das „Dörchen“ und die „Nachtelle“, Robert Bus, Stuttgart, der Solist, steuerte einige der schönsten Lieder aus dem „Müllerin“-Zyklus bei. Viel dankbare Bewunderung löste auch das Duo für Klavier und Klarinette in der Variationsform über das „Trodene Blumen“-Thema aus, von Karl Spittel sehr hübsch geblasen und von Elise Frieß-Bodfeld nicht minder feinsinnig begleitet.

Auch die Konfordia hatte an die Spitze ihres ersten Programmteiles mehrere Schubertsche gestellt, darunter den wenig bekannten 23. Psalm („Gott, meine Zuversicht“) und die achtsimmige „Hymne“, diese allerdings statt den ursprünglich vorgesehenen Blasinstrumenten mit Orgelbegleitung. Zwischen durch erklangen ebenfalls einige Klavierlieder, für deren Wiedergabe Elisabeth Friedrich, Frankfurt, verpflichtet worden war. Im übrigen brachte das Konzert, von dem Chorleiter Heinrich Lehner sorgfältig vorbereitet, verschiedene der für das nächste bad. Bundesfängerfest (Freiburg, Pfingsten 1929) vorgeschriebenen Pflichtchöre, deren Darbietung ich mir leider einer anderen Dienstleistung wegen entgehen lassen mußte.

Von den zwei eigentlichen Schubert-Feiern der Woche konnte das badische Konservatorium die feine zu besonders weisevollere Stunde abhalten, nämlich am Abend des 19. November selbst, an dem vor hundert Jahren, nachmittags 8 Uhr, Schubert infolge Nervenlebers (Typhus) einen schweren Tod gestorben war. Das Programm verhielt zunächst das Es-Dur-Klaviertrio, und zwar in einer sehr liebevollen Ausführung durch Georg Mantel (Klavier), Josef Reischer (Violine), und Paul Traubvetter (Violoncello). Die unvergänglichen Schönheiten des Werkes taten trotz der etwas ungünstigen Postierung der

Letzte Nachrichten

Deutschland und das Reparationsproblem

M. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, wird die deutsche Stellung zur Reparationsfrage, die in einem Memorandum an die Entente-Regierungen ausgesprochen werden wird, davon ausgehen, daß die materiellen Verhandlungen über das Reparationsproblem vorerst zurückgestellt werden sollen, bis die Sachverständigenkommission selbst ihr Gutachten erstattet hat. Deutschland werde die Prüfung seiner Leistungsfähigkeit verlangen, da nur Zahlungen in Frage kommen, die aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe geleistet werden könnten. Es ist deshalb anzunehmen, daß man in der Frage nicht so schnell vorwärts kommen wird. Auch wird die Reparationskommission hier misprechen wollen, was einige Staaten verlangen, die nicht zu den sechs Mächten gehören, welche in Genf den Beschluß auf Prüfung der Reparationsfrage gefaßt haben, wie Jugoslawien und Rumänien, zumal die Reparationskommission von diesen Staaten mit ernannt worden ist.

Der deutsche Botschafterposten in Moskau

M. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Zu den Meldungen über die Ernennung des Herrn von Dirksen zum deutschen Botschafter in Moskau wird hier erklärt, daß eine Entschcheidung noch nicht getroffen ist. Infolgedessen konnte auch kein Abgänger bei der russischen Regierung nachgesucht werden. Als Nachfolger von Dirksen, der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes ist, wird der bisherige deutsche Gesandte in Warschau, Dr. Raufcher, genannt und als dessen Nachfolger in Warschau Botschaftsrat Dr. Rieth in Paris.

Anregelmäßigkeiten beim Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten

M. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Amfische Preussische Pressebericht“ teilt über ein aufsehenerregendes Einschreiten der preussischen Staatsregierung gegen den Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten aus dem preussischen Innenministerium folgendes mit:

Vor kurzem erhielt der Minister als Aufsichtsbehörde des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten Mitteilung darüber, daß der Verbandsdirektor satzungswidrig und den Zwecken des Verbandes völlig zuwiderlaufende Geschäfte in Höhe von mehreren Millionen Reichsmark mit verschiedenen Berliner wie auswärtigen privaten Banken und sonstigen Firmen abgeschlossen habe. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Mitteilungen. Gegen den bisherigen Verbandsdirektor hat der Minister des Innern das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet, nachdem dem Verbandsdirektor schon vorher vom Minister des Innern die Ausübung seines Amtes untersagt worden war. Durch das Eingreifen des preussischen Ministers des Innern konnte der Abschluß eines von dem bisherigen Verbandsdirektor gerade angebahnten weiteren Geschäftes über ein Objekt von mehr als 10 Millionen Reichsmark noch rechtzeitig verhindert werden.

Wie wir weiter erfahren, handelt es sich um Pfandbriefkäufe, für die der Verbandsleiter Dr. Damm einer kleinen Berliner Bank gegenüber die Bürgschaft übernahm. Es sind im ganzen 9 Millionen Reichsmark. Ähnliche Geschäfte wurden durch die preussische Regierung im letzten Augenblick verhindert. Der Verband selbst hat keinerlei Vermögen, sondern nur die ihm angeschlossenen Feuerversicherungen, so daß die Geschäfte rechtlich ungültig sind. Die Unternehmung ist auch auf den Geisteszustand des Verbandsleiters ausgehend worden, da sich verdächtige Momente ergeben haben, daß er nicht zurechnungsfähig ist.

Glückliches Kanada! Dem „Daily Telegraph“ wird aus Montreal gemeldet, daß der Ministerpräsident im kommenden Jahre die Abschaffung der Einkommensteuer, die in der Kriegszeit eingeführt wurde, beantragen werde.

Spieler tiefe Wirkung. Alsdann lösten die wohlgedachten Worte, mit denen Dr. Otto zur Neben, „die Bedeutung Schuberts für die Entwicklung des deutschen Liedes“ erläuterte, lebhaft Zustimmung der Zuhörer aus. Nicht minder starken Eindruck hinterließ auch die Wiederholung des Einakters „Der häusliche Krieg“, über dessen konzertmäßige Fassung hier schon bei den sommerlichen Prüfungskonzerten eingehend gesprochen wurde. Da alle mitwirkenden Schüler und Schülerinnen mit Fritz Wegger am Dirigentenpult ihrer Sache ziemlich sicher waren und wiederum mit sichtlichem Eifer sich um eine lebendige Wirkung der reizenden Musikstücke mühten, wurden sie dementsprechend durch reichen Beifall geehrt.

Am Beginn der Schubert-Gedächtnisfeier, zu der die Konzerdirektion Kurt Reußfeldt ihren dritten Kammermusikabend ausgestaltet hatte, stand ebenfalls das Es-Dur-Trio. Diesmal waren seine Interpreten die Musiker des Bogner-Trios. Entschieden an ihrer Wiedergabe von höchster Lebendigkeit und Eindringlichkeit waren die groß angelegten dramatischen Steigerungen. Aber neben solchen äußerst temperamentvoll und warmblütig vorgetragenen Stellen fehlten partienweise und namentlich im Andante con moto auch nicht Pianoforte. Zumal dessen Schluß wurde im zartesten Verflingen kaum noch hingehaucht und ward doch nicht tonlos. Das war in jedem Fall eine von aller Erdenschwere entbundene Leistung, über der ein geradezu metaphysischer Schimmer lag! Durch bewußten Abstand von der sonst wohl üblichen sentimentalität aber gar trocken akademischen Vortragweise zeichnete sich auch das Forellen-Quintett aus, obwohl dessen so einprägsame schematische Plastik nicht überall das lebhafteste Zeitmaß zu vertragen schien, zu dem B. von Bogner vom Flügel her seine Mitspieler anfeuernte. Es war aber jedenfalls sehr interessant, das Werk einmal nicht in der sonst beliebten Besetzung (Quartettspieler mit zugezogenen Pianisten) zu hören, sondern in einer Ausdeutung, bei welcher der Klavierist zwar durch Tonstärke keineswegs, immerhin jedoch als geistiger Führer dominierte. Zu den beiden andern Dresdlauern — Carl Freund (Violine) und Joseph Schuster (Cello) — gefolgt sind noch Heinrich Müller (Viola) und Karl Schiedt (Kontrabaß) vom badischen Landestheaterorchester. Zwischen den Werken hatte es

Berufsverhandlung in Duisburg

W.D. Duisburg, 24. Nov. (Tel.) Heute früh begann vor dem Landesarbeitsgericht Duisburg die Verhandlung über die Berufung der drei Metallarbeitergewerkschaften gegen das Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts über die Nichterkenntnislage des Arbeitgeberverbandes.

Keine Einigung in der Bielefelder Textilindustrie

W.D. Dortmund, 24. Nov. (Tel.) Die vor dem Schlichter für Westfalen geführten Einigungsverhandlungen in der Bielefelder Textilindustrie, die gestern bis in die späten Abendstunden dauerten, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Verhandlungen wurden auf den 30. November vertagt.

Stalin über Wirtschafts- und Parteifragen

W.D. Moskau, 24. Nov. (Tel.) Die hiesige Presse veröffentlicht eine Rede Stalins, die er vor dem gegenwärtig tagenden Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hielt und in der er die Frage der Industrialisierung Rußlands, den Wiederaufbau der Landwirtschaft und die innerparteiliche Lage berührte. Stalin erklärte u. a.:

Im laufenden Jahre betrug die Kapitalanlagen in der Industrie 1650 Millionen Rubel, was eine Zunahme von 330 Millionen Rubel gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die Unabhängigkeit der Sowjetunion kann nicht gesichert werden, wenn keine hinreichende industrielle Basis für die Verteidigung vorhanden ist. Auch der Wiederaufbau der Landwirtschaft auf einer neuen technischen Basis hängt von einer raschen Entwicklung der Industrie ab. Stalin besaßte sich dann mit den Fragen zur Beschleunigung der Entwicklung der Landwirtschaft. Für den vorherigen Ernteertrag von Ernteträgern werden diesmal 300 Millionen Rubel, 100 Millionen mehr als im Vorjahre bereitgestellt. Für staatliche Landwirtschaftsbetriebe und für Kollektivwirtschaften werden 180 Millionen Rubel zur Verfügung gehalten, das ist rund 75 Millionen Rubel mehr als im Vorjahre.

Zur innerparteilichen Lage erklärte Stalin: Die Rechtsopposition würde, wenn sie siegen sollte, die Entfesselung kapitalistischer Elemente bedeuten. Die Opposition von rechts wie von links muß bekämpft werden. Der Kampf gegen die Opposition von rechts muß im gegenwärtigen Stadium einen ideologischen Charakter tragen, solange die Rechte die Parteibeschlüsse durchführt und nicht, wie früher die Anhänger Trozki, eine Fraktionstätigkeit entfalten. Zum Schluß erklärte Stalin, daß im politischen Büro der Kommunistischen Partei völlige Einstimmigkeit herrsche.

Die japanisch-chinesischen Verhandlungen

W.D. London, 24. Nov. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai, die japanisch-chinesischen Verhandlungen in Nanjing seien gestern auf einem hohen Punkt angelangt. Eine baldige Regelung sei nicht wahrnehmlich.

Der vorläufige Stillstand in den japanisch-chinesischen Verhandlungen ist darauf zurückzuführen, daß Japan sich weigert, die sofortige bedingungslose Räumung Schantung vorzunehmen, die die Nanjingregierung als Mindestvorbedingung für eine Fortsetzung der Verhandlungen forderte. Die Nanjingregierung hatte ferner die Festsetzung des Datums für die Räumung Schantung von Japan gefordert, und sie besteht außerdem auf die Ernennung eines vollermächtigten japanischen Verhandlungsführers, um aus dem bisherigen Stadium der Vorverhandlungen herauszukommen, die für Japan nicht bindend sind. Die von beiden Seiten offiziell und offiziös erfolgten Erklärungen über die Unmöglichkeit in diesen Fragen nachzugeben, dürften nur ein taktisches Manöver vor der Öffentlichkeit sein, da beide Seiten sich einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen unmöglich leisten können und da von beiden Seiten der chinesischen Minister des Äußeren, sowie seitens des japanischen Unterhändlers Hada zweifellos der Wille zu einer Verständigung vorhanden ist. Wegen eines definitiven Abbruchs spricht auch die Fortsetzung der Verhandlungen in der Zolltariffrage und die für beide Seiten vorliegende Notwendigkeit einer Einigung. Bei den augenblicklichen Besprechungen scheint Japan in erster Linie die Anerkennung der ungetriggerten japanischen Ansprüche als Vorbedingung für die Anerkennung der Zollautonomie Chinas zu fordern.

Auffallend ist das plötzliche Auftauchen von Auffäßen in der japanischen Presse über angebliche Versprechungen, die Graf Uchida kürzlich in London gehabt habe, wobei Uchida die Stärkung des britisch-japanischen Zusammengehens in China, möglichst unter Einbeziehung amerikanischer Offiziere, empfohlen habe. Von japanischer Seite wird erklärt, daß bisher keine offiziellen Schritte in dieser Richtung unternommen wurden.

der Unterzeichnete übernommen, im Sinne seines neulich hier veröffentlichten Aufsatze auf das Schubert-Jubiläum hinzuweisen und ein ungefähres Bild des Gefeierten gebührend in die Erinnerung zurückzurufen.

Deutscher Kunstspiegel. Wie mancher klagt über die Freudlosigkeit des Lebens im allgemeinen und des modernen Lebens im besonderen! Aber hat er ein Recht zu dieser Klage, ehe er alles versucht hat, seinen Dasein Freude, Glanz, Erhöhung zuzuführen? Wir denken: es lebt heute wie immer die Natur in ihren tausend erfreulichen Gestalten, und innig verschwiebert mit ihr, noch leichter greifbar als sie, lebt die Kunst und das Briefwerk des Schönen, der Form. Wir nehmen das soeben erschienene Oktoberheft der Darmstädter Kunstzeitschrift „Deutsche Kunst und Dekoration“ zur Hand und sind mit einem Zauber Schlag in einer freieren, geistigen Welt. Es ist ja doch nicht das einzelne Kunstobjekt mit seinem bestimmten Vorwurf, was uns die große Segnung der Kunst schenkt. Es kann uns gewiß manches an den Leistungen der Künstler befremden oder schwer eingängig sein — aber die Hauptsache bleibt doch, daß wir in die befriedigende Haltung des reinen Schauens, des betrachtenden Genießens gezogen werden! Die innere Umstellung von Kämpfen, Janken und Jagen zur ruhigen Betrachtung, zur Freude an der Formleistung überhaupt — das ist das Wertvolle, das ewig Erfrischende am Werk mit der Kunst. Das erwähnte Oktoberheft der „Deutschen Kunst und Dekoration“ führt uns im Fluge durch eine große Ausstellung (Münchener Neue Sezession), durch die Werke von zahlreichen deutschen, schweizerischen und französischen Künstlern, und dann breitet es eine Fülle von neuen Innenräumen, Möbeln, Gläsern, Lederarbeiten, Keramiken, Stidereien vor uns aus — eine herrliche Wanderung durch eine bezaubernde Landschaft, von der kein fühlender Mensch ohne Erfrischung und Bereicherung zurückkehrt. Ja, in der Tat: hier zeigt sich, daß wir besseres tun können, als uns und anderen durch das Bekanntere der „freudlosen Gegenwart“ die Laune zu verderben. Nutzen wir die guten Geister der Kunst und der Natur nur mutig in unser Dasein herein, so werden sie nicht ärgern, unser Herz und unsern Geist mit ihren Gaben zu equidieren.

Antworten Briands auf sozialistische Fragen

Brüssel, 24. Nov. (Tel.) „Populaire“ berichtet, Briand habe im Verlaufe der gestrigen Ausführungen vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten auf eine Frage des sozialistischen Abg. Grumbach bestätigt, daß die vorbereitende Abrüstungskommission bestimmt anfangs des kommenden Jahres zusammentreten werde, auch wenn eine Verständigung der alliierten Mächte über die Seerüstungen nicht erfolgt sei. Auf eine Frage Grumbachs, ob die französische Regierung dem Parlament die Annahme und Ratifizierung eines Nichtangriffs- und Gegenseitigkeitspactes vorschlagen werde, habe Briand geantwortet, er sei geneigt, dies sobald wie möglich zu tun.

Schließlich habe Grumbach gefragt, ob Briand nicht befürchte, daß die von Kriegsminister Painlevé und Ministerpräsident Poincaré geforderte Erhöhung der Ausgaben für das Militär die Stellung Frankreichs in der Abrüstungsfrage in Genf schwäche. Briand habe hierauf zunächst versucht, einer Antwort auszuweichen. Als aber Grumbach die klare Beantwortung seiner Frage forderte, habe Briand erklärt, er glaube nicht, daß die Politik Painlevés und seine eigene Politik einander widersprechen.

Der Kampf in der Eisenindustrie. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie erklären, daß sie sich in voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konflikts für die ganze deutsche Wirtschaft geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellen. Das gleiche gelte für den Wirtschaftskampf in der Textilindustrie.

Unwetter und Schiffsunfälle

Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee kam es zu schweren Stürmen, die verschiedene Schiffsunfälle verursachten. Der deutsche Frachtdampfer „Gerrenwit“ geriet 700 Meilen westlich der irischen Küste in schwere Seenot und sank. 16 Überlebende von 28 Mann Besatzung wurden von einem deutschen Dampfer gerettet. — Die gesamte Besatzung des schwedischen Dampfers „Regilia“, der, wie gemeldet, vor Lissabon (Portugal) in Seenot geriet, ist von einem spanischen Kutter gerettet worden. Der Dampfer wurde eingeschleppt.

Auch an der deutschen Nordseeküste, an der französischen Küste und in England hat der Sturm schwere Schäden angerichtet. Der deutsche Motorsegler „Gerda“ ist überfällig. In der Nähe der holländischen Küste sandte der mit gebrochenem Ruder hilflos herumtreibende schwedische Dampfer „Eugenia“ auf drachlosem Wege SOS-Rufe aus. Ferner sandte der Dampfer „Kastia-Syndicat“ Notsignale, der sich auf 50 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 3 Grad westlicher Länge befindet.

Brüssel, 24. Nov. (Tel.) Der schwere Südweststurm hielt auch heute früh mit unermindelter Heftigkeit an. Die Signalkation im Hafen gab fortgesetzt Warnungsschüsse ab, da man ein weiteres Ansteigen des Wasserstandes der Elbe bei der nächsten Flut erwartet. Der Verkehr im Hafen ist stark behindert. Luchaven meldete heute früh bei fallendem Barometerstand stark böigen Westwind.

Der von Jaandam nach Niga bestimmte lettische Dampfer „Katie“ erlitt einen Ruderbruch und treibt bei Vorkum. Ferner treiben beim Vorkum-Riff-Feuerschiff der schwedische Dampfer „Lagfors“ und im englischen Kanal ein russischer Dampfer. Bei Hoel van Holland ist der deutsche Dampfer „Heinz Kobus“ in Seenot geraten. Auch bei dem Feuerschiff „Elbe 1“ befindet sich ein schwer havariertes Schiff, zu dessen Hilfe gleichfalls ein Seeschlepper abgegangen ist. Über der Stadt hat der Sturm inzwischen etwas nachgelassen; zum Küstengebiet dagegen wird eine erhöhte Stärke von etwa 11 bis 12 Metern gemeldet.

Raubüberfälle im Ruhrgebiet

Im Ruhrgebiet hat sich eine Anzahl schwerer Raubüberfälle ereignet. Freitag nachmittag überfielen zwei Räuber den in der Nebenstraße der Gewerbebahn in Herne-Sodingen allein anwesenden Kassierer und zwingen ihn unter Bedrohung mit Pistolen, den Kassenschrank zu öffnen, aus dem sie rund 3000 Reichsmark raubten. Abends brach ein maskierter Räuber mit vorgehaltener Pistole in den Kassentraum der Güterabfertigung des Bahnhofes Bochum-Nord ein und raubte aus der Kasse 895 M. Ein Lohnbeamter einer Duisburger Baufirma wurde von zwei Räubern mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Auch in Essen erfolgte ein Überfall auf einen Angestellten mit Lohngeldern, der aber mißlang.

Abeffinien, ein Land der Frauen

Aus Kairo wird uns geschrieben:

Abeffinien, dieser christliche Winkel in Afrika, der sich bisher wie kaum ein anderes Land von der Welt abgeschlossen und selbständig erhalten hat, ist, wie die Reisenden Helen und Gordon Max Creagh kürzlich berichteten, ein Land der Frauenherrschaft. Ganz im Gegensatz zu der allgemeinen Regel, daß in Ländern mit primitiver Kultur die Stellung der Frau bedrückt ist, und der Mann tyrannische Macht ausübt, haben im alten Königreich Abessinien die Frauen die Ehegesehe für den Mann bestimmt. Sie haben ihre Stellung gegenüber einer mächtigen mittelalterlichen Kirche verteidigt und sind auch heute im Besitz von Privilegien dem Manne gegenüber.

Die Gründe für die Freiheit der Frau Abessiniens sind schwer zu erklären, aber es besteht kein Zweifel daran, daß sie Hausfrau und Ehemann leitet. Die abessinische Jungfrau hat die Wahl, ob sie sich dem Geschäftslieben widmen will oder einen wohlhabenden Mann heiraten will, wobei sie die Hälfte seines Vermögens behält. Nach der Scheidung kann sie dann einen anderen Mann heiraten und so eine glänzende Karriere machen, die in Abessinien sehr beliebt ist.

Im übrigen gibt es in diesem Lande 4 gesetzliche Arten der Ehe, die alle von dem alten Gesetzbuch „Fetan Regast“ anerkannt sind. Alle diese Ehen stellen zivilrechtliche Verträge dar, die von der Kirche sanktioniert werden. Das Gesetz enthält auch die Gründe für die Ehescheidung, die leicht zu erreichen ist. Ausfälligen, Geisteskranken und Frauen über 60 Jahren ist die Ehe überhaupt verboten.

Die erste Art der Ehe ist die unauflösbare Vereinigung. Die zweite, viel gebräuchlichere ist ein Vertrag, der auf gegenseitige Abereinwilligung gelöst werden kann und sehr genaue Bestimmungen über die beiderseitigen Zahlungen und Leistungen enthält. Die dritte Form ist eine Probeehe, die nach zwei Jahren auf Wunsch der Parteien in eine wirkliche Ehe übergehen kann oder automatisch gelöst wird. Die vierte Form ist eine Vereinigung auf eine im Verträge festgesetzte Zeitperiode, die auf Wunsch erneuert werden kann. Hierbei verpflichtet sich der Mann, die Frau handesgemäß zu erhalten und ihr ein bestimmtes Gehalt zu zahlen. Nach Ablauf der Zeit sucht der Mann gewöhnlich die beliebte zweite Form der Ehe durchzuführen. Bei der Hochzeit pflegt das junge Paar zu versprechen, in Harmonie, Zusammenarbeit und gegenseitigem Glauben zu leben, was nach Meinung des reisenden Ehepaars Creagh der europäischen Form: „Liebe, Ehrerbietung und Gehorsam“ vorzuziehen sei.

Badischer Teil

Der Zusammenschluß im Burbach-Gumpel-Konzern und die bad. Kaligewerkschaften

K. A. über den Zusammenschluß im Burbach-Gumpel-Konzern und die sich hieraus ergebenden Folgerungen für die badischen Kaligewerkschaften wird uns von maßgebender Seite folgendes mitgeteilt:

Die Zusammenfassung der Werke des Burbach-Gumpel-Konzerns in einer großen Burbach-A.-G. (Stammkapital 100 bis 125 Millionen Reichsmark), über welche die auf 12. Dez. 1928 nach Magdeburg einberufenen Versammlungen der Konzernwerke zu beschließen haben werden, kann naturgemäß auch die badische Kaligewerkschaften betreffen. Bekanntlich ist an den beiden 1000teiligen Gewerkschaften Baden und Markgräfler in Buggingen der badische Staat mit je 434 Kugeln beteiligt, während die anderen je 566 Kugeln im Besitz von Werken des Burbach-Konzerns sind. Der Führer des Burbach-Gumpel-Konzerns, Herr Dr. Korte, hat in einem in diesen Tagen bekanntgegebenen Kommuniqué ausgeführt, daß die endgültige Bemessung des Grundkapitals der Burbach-A.-G. unter anderem davon abhängig sei, ob die badischen Kaligewerkschaften dem Konzern beitreten. Tatsächlich schweben hierüber unverbundene Verhandlungen, die entsprechend dem bisherigen verständnisvollen Zusammenarbeiten in freundschaftlichem Sinne geführt werden. Die schwebenden Verhandlungen legen beiden Seiten in ihren Äußerungen eine gewisse Zurückhaltung auf. Immerhin läßt sich so viel sagen, daß die badischen Schächte auch allein stehend in ihrem Fortbestand nicht gefährdet sind. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß der Anschluß an einen großen Konzern schon im Hinblick auf die Zukunftsmöglichkeiten der Kaliindustrie auf kalischem Gebiet manches für sich hat. Die Anschlußfrage wird also auf jeden Fall auf das sorgfältigste nach allen Richtungen zu prüfen sein.

Es dürfte bekannt sein, daß der badische Finanzminister zu einer Veräußerung der Kugeln der badischen Gewerkschaften — eine solche bedeutet auch die Fusion —, einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf, die mit verfassungsmäßiger Mehrheit beschloffen werden muß. Sollte sich also die Regierung entschließen, ein Aufgehen der badischen Gewerkschaften in dem Gesamtkonzern zu empfehlen, so wird sich der Badische Landtag noch mit dieser Frage zu befassen haben.

Errichtung eines Amts- und Arbeitsgerichts in Singen a. B.

Nachdem die Stadtgemeinde Singen a. B. die Dienstgebäude für die Justizbehörden in Singen und Beamtenwohnungen in dem vom Justizministerium für notwendig erachteten Umfang zur Verfügung gestellt hat, ist durch Verordnung des Staatsministeriums vom 21. November 1928 mit Wirkung vom 1. Januar 1929 in Singen a. B. ein Amtsgericht errichtet worden. Der neue Amtsgerichtsbezirk Singen wird folgende Gemeinden umfassen: 1. vom Amtsgerichtsbezirk Radolfzell: Arlen, Bietingen, Büdingen, Frieblingen, Gailingen, Gotmadingen, Hausen an der Aach, Randegg, Neulasingen, Singen a. B. und Worblingen; 2. vom Amtsgerichtsbezirk Engen: Reuren am Ried, Binningen, Lüßlingen, Duddlingen, Ebringen, Hilzingen, Niedheim, Schlatt am Randen und Schlatt unter Krähen; 3. vom Amtsgerichtsbezirk Stodach: Reuren an der Aach, Steißlingen, Volkertshausen und Wiesels.

Die Gesamtbevölkerungszahl des neuen Amtsgerichtsbezirks Singen wird 28 522 Einwohner betragen. Dem Amtsgerichtsbezirk Radolfzell werden 15 335, dem Amtsgerichtsbezirk Engen 18 549 und dem Amtsgerichtsbezirk Stodach 16 626 Einwohner verbleiben. Auf 1. Januar 1929 wurde auch der Sitz des Arbeitsgerichts Radolfzell nach Singen verlegt. Das neue Arbeitsgericht Singen umfaßt die Amtsgerichtsbezirke Singen, Radolfzell und Engen. Das Amtsgericht Singen a. B. wurde dem Bezirk des Landgerichts Konstanz, das Arbeitsgericht Singen a. B. dem Bezirk des Landesarbeitsgerichts Konstanz zugeteilt.

Rheintrafwerk Säckingen

In den letzten Wochen sind über die Staustufe Säckingen verschiedentlich Notizen in der Presse erschienen, die den Anschein erwecken können, als ob sie von den Konfessionären für die Staustufe ausgingen. Es wird vom Gemeindeverband Oberheim e. V., Konstanz, ausdrücklich erklärt, daß die Konfessionäre dieser Mitteilung völlig fernstehen, umso mehr, als es sich um Fragen handelt, die zunächst im Kreise der Beteiligten zu klären sind, bevor sie den Weg in die Öffentlichkeit gehen können.

Die Rheinregulierung Basel-Nehl

An der Studienfahrt der zentralen Rheinschiffahrtskommission, die der Rheinregulierung auf der Strecke Mannheim-Basel gilt, wird, wie die „Freiburger Bz.“ erfährt, auch ein englisches Mitglied teilnehmen. Dieses Interesse Englands an der Rheinregulierung bis Basel ist bedeutsam und dürfte die Regulierungsfrage vielleicht rascher der Lösung näher führen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern behielten wir das andauernd regnerische Wetter, so daß ergiebige Niederschläge zur Neigung kamen (Ebene über 15, Schwarzwald über 40 Liter pro Quadratmeter). Die Temperaturen lagen ganz erheblich unter den vor acht Tagen gemessenen Normalwerten. Mit orkanartigen Stürmen überquerte ein ungewöhnlich tiefer Luftwirbel (Zentrum über 710 Millimeter) die Nordsee, wobei im gesamten mitteleuropäischen Festlandgebiet der Wind Sturmstärke erreichte. — Wir gelangen jetzt auf die Rückseite des Wirbels und haben zunächst sehr unbeständiges Wetter mit starken Niederschlägen bei vorübergehend sinkenden Temperaturverhältnissen zu erwarten. Der Hocheneinfluß kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, da vom Ozean noch weitere Tiefdruckwirbel heranziehen. Wetterausblick für Sonntag: Zunächst noch böig, Niederschläge, bei sinkender Temperatur, dann nach kurzer Besserung erneute Beeinflussung durch ozeanische Luftwirbel.

Aus der Landeshauptstadt

Päpstliche Auszeichnung. Außer der Frau Landgerichtsdirektor Maria Breitner in Philippsburg haben auch die zweite Vorsitzende des Badischen Landesauschusses des katholischen Frauenbundes, Frau Landesforstmeister Klara Philipp, ferner die Vorsitzende des Frauen-Bingenz-Vereins in Karlsruhe, Frau Lina Kamm, und Frau Hofrat Dr. Koffen in Heidelberg das päpstliche Ehrenkreuz „pro ecclesia et pontifice“ erhalten. Die vier genannten Damen haben sich an hervorragender Stelle seit vielen Jahren in der katholischen Frauenbewegung und in den Werken der Caritas betätigt.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 25. Nov., wird der Jollus der Jugendkonzerte eröffnet. Es gelangen Werke von Schubert und Strauß zum Vortrage. Als Solistin wirkt Mary von Ernst mit, die musikalische Leitung hat Josef Krüps. Der Beginn ist auf 11 1/2 Uhr festgesetzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Mannheim, 23. Nov. Die Firma Mohr & Federhaff in Mannheim (Eisenkonstruktionen und Maschinenfabrik) hat eine Anzahl Arbeiter entlassen und verschiedenen Arbeitern gekündigt, mit der Begründung, daß die Rohmaterialzufuhr von den Eisenhütten des Ruhrgebietes wegen der Ausfrierung der Schüttenerbeiter unterbrochen sei.

ld. Mannheim, 23. Nov. Prof. Dr. Hans Oppolzer von der Handelshochschule Mannheim hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Gießen, wo ihm ein neuer Lehrstuhl für Handels- und Wechselrecht übertragen wird, zum nächsten Sommersemester angenommen.

ld. Waldbrunn, 24. Nov. Nach Blättermeldungen soll die Wallfahrtskirche vollständig erneuert werden. Die Kosten werden auf 150 000 M veranschlagt und man hofft, einen Teil der Gelder durch eine Lotterie einzubringen. Die Arbeiten sollen im kommenden Jahre durchgeführt werden, da 1930 das 600jährige Jubiläum der Wallfahrt gefeiert wird.

ld. Forstheim, 24. Nov. Im nahen Eisingen brach heute nacht gegen 1/2 Uhr unweit des lehrjährigen Brandplatzes in dem Anwesen des Metzgers Ludwig Karst in den Ökonomiegebäuden Feuer aus, welches sich so rasch verbreitete, daß die Leute nur mit knapper Not und notdürftig beseitigt sich retten konnten. Das Feuer griff sofort auf das anstoßende Anwesen der Witwe E. H. Kunzmann und des Goldarbeiters B. Esterle über die angrenzenden Gebäude des E. D. Reunhard, Goldarb., und des Landwirts Gottfried Bauer, sowie des Goldarbeiters Julius Bauer wurden ebenfalls von den Flammen ergriffen und fielen dem rasenden Element mit sämtlichen Anbauten und Schuppen zum Opfer. Im ganzen sind sechs Wohnhäuser und sechs Scheunen mit allen Anbauten abgebrannt. Von den Fahrnissen konnte nur wenig gerettet werden. Außer den durch den Brand betroffenen Hausbesitzern sind noch die in den abgebrannten Häusern wohnhaften Familien geschädigt worden, denen das ganze Hab und Gut verbrannte. Der Brandplatz liegt gegenüber dem vorjährigen Brandplatz im Oktober 1927. In Eisingen besteht keine freiwillige Feuerwehr, sondern nur eine Schömannschaft.

* Baden-Baden, 24. Nov. Der nach seinen Unterschlagungen beim Städt. Fürsorgeamt flüchtig gegangene Angestellte M. konnte nach einer Meldung der „Bad. Presse“ auf Grund des erlassenen Stadtbefehls in Düsseldorf verhaftet werden.

D. J. Bonndorf, 23. Nov. Unter außerordentlich großer Anteilnahme der Bevölkerung wurden gestern die sterblichen Überreste des Bürgermeisters Karl Julius Bogt, der am Montag einem Herzschlage plötzlich erlag, zur letzten Ruhe beigesetzt. Neben Vertretern der Behörden sprachen eine Reihe Vertreter von Vereinigungen wirtschaftlicher und geselliger Art.

ld. Säckingen, 23. Nov. Die Bohrungen auf der Schiffände nach weiteren Thermalwasserquellen sind bis 40 Meter Tiefe vorgebracht. Es wurde eine Quelle von geringer Ergiebigkeit aufgefunden, die 16 Grad Temperatur aufweist. Man hofft, nun bald auf mehr Wasser und höhere Temperaturen zu stoßen.

Tanz für Alle. Von der Gymnastik zum Gemeinschaftstanz. Von Martin Gleisner. Leipzig, Hesse & Weller Verlag. (Prometheusbücher.) 174 S. Mit 42 Abbildungen. In Leinen geb. 3,60 M. — Die Körperkultur wird hier nicht, wie sonst üblich, für sich allein betrachtet, sondern in ihrer Verbundenheit mit den allgemeinen Fragen der Volksbildung, der Kunstziehung und besonders auch der Freizeitgestaltung. Nachdem Gleisner kurz die Geschichte des Tanzes dargestellt hat, schildert er die Entwicklung des modernen Tanzes. Dabei hebt er dessen künstlerische Grundzüge hervor und zeigt die Form, die als „Tanz für alle“ entsteht: der Bewegungstanz.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Nov.		23. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.23	168.57	168.23	168.57
Kopenhagen 100 Kr.	111.74	111.96	111.72	111.94
Italien . . . 100 L.	21.955	22.005	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.323	20.363	20.327	20.367
New York . . 1 D.	4.1902	4.1985	4.1910	4.1990
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.715	80.875	80.71	80.87
Wien 100 Schilling	58.91	59.03	58.91	59.03
Wag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.418	12.438

Vergleichsvorschlag Gagganau. Die Eisenwerke Gagganau A.-G. schlägt einer auf den 28. d. M. einberufenen Gläubiger-Versammlung vor, die Gläubiger mit nicht mehr als 500 RM je zur Hälfte innerhalb drei und sechs Monaten nach rechtskräftiger Bestätigung des Vergleichs voll zu befriedigen. Die übrigen Gläubiger erhalten eine Abfindung von 50 Proz. in Aktien (mit Sperrfrist bis Ende 1931), lieferbar innerhalb sechs Monaten nach Vergleichsabschluss; die restlichen 50 Proz. werden in bar ausbezahlt und zwar zahlbar Ende 1931.

Familien-Anzeigen

der badischen Beamtschaft
finden in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die weiteste Verbreitung

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:

Heinr. Stöcker
vormals FR. KIRCHENBAUER

Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau Umbauten aller Art

KARLSRUHE i. B.
Lessingstr. 1a Tel. 1020

**Wasser- Gewinnung
Versorgung**

durch Schachtbrunnen — Rohrfilterbrunnen
Tiefbohrungen in jeder Weite und Tiefe
Quellerschliessungen — Quellfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.
Technisches Büro 680 Fernsprecher 2271

Baumaterialien-Großhandlung
Julius Graf & Cie.

Karlsruhe G. m. b. H. Karlsruhe
Telephon 6926 und 6927, Grünwinklerstraße No. 6

Alle Sorten Baustoffe

Dyckerhoff-Zement Wieslocher Dachziegel, Hordis, feuerfeste und Chamotte-Steine, Asphalt und Dachpappen usw., Steinzugrohre, Zementrohre, alle Kanalisations-Artikel

Ausführung von Plattenarbeiten

alle Sorten Boden- und Wandplatten für Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen. 561

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe
Gegründet 1890 Ettligen i. B. Gegründet 1890
FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter 360

ALFRED ZIMMERMANN FREIBURG



FABRIK FÜR
ROLLADEN IN HOLZ UND WELBLECH
EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTERBAU

DREIKÖNIGSSTR. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEPHON 3023

GELD SPAREN SIE,

wenn Sie Ihre
**Schreib- und
Rechenmaschinen**
in der
Büromaschinen-Reparatur-Werkstätte

Paul Bräuer, Karlsruhe, Hebelstr. 11,
instand setzen lassen. 14
Gegründet 1906. Fernsprecher 2224

Steuerberatung

durch 13
Badische Treuhandgesellschaft

Aktien-Gesellschaft
Mitglied des Verbandes Deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften
Karlsruhe i. B. Freiburg i. B. Konstanz
Erbprinzenstraße 31 Kaiserstraße 89 Obere Laube 8
Telephon 4602 u. 3941 Telephon 4440 Telephon 911

Mühlacker Falzziegel, Pfannenziegel
Hüberschwänze, Kehlziegel
Formziegel aller Art
Prächtig naturrot oder en-
gobliert, in Festigkeit höchste
Frost- u. Wetterbeständigkeit
Dachziegel
GEBR. VETTER A.-G.
PFORZHEIM - MÜHLACKER 555

Karl Spilger & Cie.

G. m. b. H.
DURLACH
Killsfeldstr. (Güterbahnhof)
345 Telephon Nr. 590

Platten-Spezialgeschäft
Lieferung und Verlegung von
Steinzeug-Fußböden u.
Wandplatten aller Arten

Gaggenauer Emailschilderfabrik

& Emailierwerk
Adolf Dambach, Gaggenau (Murgtal)
liefert Emailverkehrsschilder
laut Verordnung vom 8. 7. 27
Straßenschilder, Hausnummern
sowie alle übrigen Emailschilder
für Behörden und Gemeinden 512

Büro für Städtebau

GEGRÜNDET 1909
Regierungs- baumeister Theodor Lohrmann beratender Ingenieur
KARLSRUHE i. B.
Kriegsstr. 123 Fernruf 770
Gutachten und Projekte für
Behauungspläne — Straßen- und
Brückenbauten — Gleisanschlüsse
Kanalisation 658

G. Berberich & Söhne
Holz-u. Stahlwellblech-Rolläden

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B. MANNHEIM
Wallstraße 9 Dürerstraße 11
Telephon 1618 353 Telephon 23672

Bruchsaler Parkettfabrik G. m. Bruchsal
b. H.

liefert verlegt und unverlegt
Eichen- und Buchen - Parkett
Eichen- und Buchenlangriemen
ohne Blindboden direkt auf Balkenlager

Gebrüder Lay * Konstanz

**Bedachungsasphalt-
und Teerprodukten-
Spezialgeschäft**
*
Neuzeitliche Straßen-
teerungen • Isolier-
ungen, Asphaltstra-
ßenbeläge und Stein-
holzfußböden 403

Staats- und Gemeindebehörden

*machen Sie am besten durch
ein Inserat in der Karlsruher
Zeitung auf Ihre Firma auf-
merksam*

Vering & Waechter

G. m. b. H. & Co.
Furschenbach (Achertal)
Fernsprecher 490 Kappelrodeck

Wir liefern in vorzüglicher Beschaffenheit:
Groß- und Kleinpflastersteine in Granit
**Granitrandsteine und Treppen * Werk-
steine aller Art (Quader u. s. f.)**
**Walz- u. Flickschotter * Teer-
und Gehweggrus * Beton-
splitt in allen Kör-
nungen * Mauer-
und Gestück-
steine** 69

Carl Petri
Mannheim
baut:
Brunnen
Wasserversorgungen
Pumpwerke
35 j. eigne Erfahrungen — Beste Referenzen

ERICH IBEN
BRUMSCHULEN
AM REICHSBAHNHOF

TEL. 291 ETLINGEN 35